

Theater, Kinos und weitere Kultureinrichtungen öffnen wieder nach und nach. Aber der Neustart ist schwer.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass Bund und Länder gemeinsame Eckpunkte für Öffnungsstrategien weiterer Kultureinrichtungen offiziell vorlegen. In einer Mitteilung lässt er verlauten:

„Nachdem Bibliotheken bereits als erste wieder öffnen durften und im zweiten Schritt Museen, Musikschulen und andere Kultureinrichtungen mit entsprechenden Hygienekonzepten öffnen konnten, sind nun die Theater und Kinos dran.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass für die Eckpunkte zur Öffnung von Theatern und Kinos die Expertise der Branchenverbände und Berufsgenossenschaften genutzt wurden. Sie kennen die besonderen Erfordernisse der jeweiligen Institutionen sowie die erforderlichen Schutzmaßnahmen für Publikum und Mitarbeitende. Der Deutsche Kulturrat ist erfreut, dass weitere Schritte zur Öffnung des kulturellen Lebens konkret vorbereitet werden.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, sagte: „Es ist sehr erfreulich, dass das kulturelle Leben langsam und mit Vorsicht wieder hochgefahren wird. Die Öffnung ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Die Begrenzung der Besucherzahl in den Kultureinrichtungen zur Sicherstellung des Mindestabstandes wird zu drastischen Einnahmeausfällen im Spielbetrieb führen. Außerdem müssen Theater und Kinos zusätzlich investieren, sie brauchen Personal, um die spezifischen Hygienevorgaben für jedes einzelne Haus zu erarbeiten und umzusetzen. Hier sind bei den öffentlichen Theatern und Konzerthäusern die Träger, also Länder und Kommunen, gefordert, die notwendigen zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Privatwirtschaftlich getragene Theater und Kinos brauchen endlich den von uns nachdrücklich geforderten nationalen Kulturinfrastrukturfonds, damit sie wirtschaftlich überleben und die Vorgaben im Spielbetrieb umsetzen können. Ohne eine auskömmliche Finanzierung kann es keine Öffnung unter Corona-Bedingungen geben, das dürfen Bund und Länder nicht vergessen.“

